



Berlin, 24. September 2024
rot/ae

Krankenhausreform: Ohne Brückenfinanzierung droht Kliniksterben – Strukturreform darf nicht gesetzlich Versicherten aufgebürdet werden

5 Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) bekräftigt anlässlich der morgigen
Bundestagsanhörung zur Krankenhausreform ihre Forderung nach deutlichen Nach-
besserungen am Gesetzentwurf. „Wenn nicht bald eine Brückenfinanzierung für wirt-
schaftlich angeschlagene Krankenhäuser kommt, droht ein Kliniksterben mit fatalen
Folgen für die flächendeckende Versorgung“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied
10 **Sylvia Bühler**. „Die planlose Schließung von Abteilungen und ganzen Kliniken muss
gestoppt werden, Bund und Länder müssen endlich handeln.“

15 „Die Kliniken brauchen eine echte Vorhaltefinanzierung, die bisherigen Planungen
stellen eine Verschlimmbesserung dar“, betonte sie. Die versprochene Abkehr von der
folgeschweren Ökonomisierung der Krankenhäuser werde mit dem Gesetzentwurf
nicht eingeläutet. Außerdem müsse die Strukturreform mit Steuermitteln finanziert
werden, nicht mit Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung. „Der Bundestag
ist aufgefordert, den vorliegenden Gesetzentwurf massiv nachzubessern“, so Bühler.

20 „Trotz aller Kritik sollen die gesetzlich Versicherten einen Großteil der für den Umbau
der Krankenhauslandschaft notwendigen Investitionen bezahlen – das ist weder sach-
gerecht noch sozial“, urteilte die Gewerkschafterin. Die Versicherten zahlten ihre Bei-
träge für die Gesundheitsversorgung, nicht für die Infrastruktur. Und dass Privatversi-
cherte, die in der Regel deutlich besser verdienen, nicht herangezogen würden, ver-
schärfe die Ungleichheit. Die Weiterentwicklung der Krankenhaus-Infrastruktur
25 komme allen Menschen zugute, sie müsse von Bund und Ländern aus Steuern finan-
ziert werden. „Angesichts ohnehin bestehender Defizite und anstehender Beitragser-
höhungen ist das ein Affront gegen die gesetzlich Versicherten, den wir entschieden
zurückweisen“, sagte Bühler.

30 Positiv sieht die Gewerkschafterin hingegen, dass Tariferhöhungen künftig nicht mehr
nur beim Pflegepersonal, sondern bei allen Krankenhausbeschäftigten bereits im lau-
fenden Jahr und vollständig ausgeglichen werden sollen. „Das Gesundheitswesen
muss attraktive Arbeitsplätze bieten, damit die dringend benötigten Fachkräfte ge-
wonnen und gehalten werden können“, so Bühler abschließend.

MEDIENINFORMATION